

# Humanistische Union

## From the underworld

Eine Literaturvorschau,

aus: vorgänge Nr. 176 (Heft 4/2006), S. 102-107

Längst sind die Zeiten vorbei, in denen die Koordinaten gesellschaftlicher Selbstbeschreibung selbst redend eine Richtschnur normativer Orientierung boten, in denen mit den Begriffen der Klasse und Schichtung, der Geschlechter und Generation, von Ost und West, Stadt und Land nicht nur eine Verortung gemeinsamer Lebenslagen geleistet, sondern zugleich eine Vorstellung ihrer Zukunft geliefert wurde. Die Impulse der Veränderung sind schwächer, ihre Richtung diffuser geworden. Das Bild des alten Wachstums- und Wohlstandsmodells Deutschland ist zerbrochen, doch aus den Bruchstücken lässt sich noch kein neues entwickeln.

Stephan Lessenich und Frank Nullmeier haben eine Reihe namhafter Autoren engagiert, als Bruchstücke die Widersprüche in Augenschein zu nehmen, aus denen sich ein allgemeines Gerechtigkeitsempfinden speist, das nach wie vor im Staat seinen vornehmsten Adressaten hat. Die Befunde sind im Titel resümiert, wobei die Charakterisierung Deutschlands als eine gespaltene Gesellschaft sich nicht mit allen Einzelergebnissen deckt. Treffend sind damit sicher die Auseinanderentwicklungen von „Arm – Reich“, „Kapital – Arbeit“, „Beschäftigt – Arbeitslos“, „Elite – Masse“ beschrieben.

*Stephan Lessenich, Frank Nullmeier (Hg.), Deutschland eine gespaltene Gesellschaft; Campus Verlag Frankfurt/New York 2006; 374 Seiten; 24,90 Euro*

Doch dürfte man nach der Lektüre der Aufsätze von Claus Leggewie und Martin Kohli die Dichotomien „Eltern – Kinderlose“ und „Alte – Junge“ eher als Scheinwidersprüche klassifizieren. Und auch dem Verhältnis von Männern zu Frauen wohnt – so der Eindruck des Aufsatzes von Christine Wimbauer – bei nach wie vor bestehenden Differenzen eher ein Moment der Annäherung inne. Interessant sind die Diagnosen jener neueren sozialen Phänomene, die nicht mehr im Einklang mit diesen alten Dichotomien stehen, aber auch nicht quer zu ihnen liegen. Von der Prekarität schreibt Berthold Vogel, dass sie zur Normalität der Arbeitswelt zu werden droht. Zugleich lässt sie sich nicht als ein Drinnen – Draußen mit klaren Grenzen skizzieren. Es gibt mittlerweile stabile Prekarität ebenso wie prekäre Stabilität. Sie zeigt Wirkung auch bei jenen, die noch vor Kurzem sich vor ihr sicher fühlten. Wo früher hoffnungsfrohe Karriereplanung betrieben wurde, herrscht nun Kampf um Klassenerhalt und Wohlstandssicherung. Die „neue soziale Frage“ hat die gesellschaftliche Mitte erreicht. Und die Verständigung über eine Antwort ist umso schwieriger, als in die prekäre Existenz objektive Beschreibung wie Selbstzuschreibung eingehen und die Gesellschaft sich als Forum eines permanenten Wettbewerbs darstellt, der nur noch Gewinner und Verlierer kennt. Dieser Ökonomisierung der sozialen Beziehungen entspricht im Politischen die Transformation der staatlichen Institutionen hin zu einer Postdemokratie, die unter Beibehaltung ihrer formalen Strukturen sich dem Nachvollzug von Reformnotwendigkeiten verschrieben hat. Deren Wesen und Widersprüche bleiben in dem Buch von Lessenich/ Nullmeier allerdings unterbelichtet – dabei käme es unter der Perspektive der Veränderung gerade auf ihre genaue Betrachtung an.

Der von Heinz Bude und Andreas Willisch herausgegebene Sammelband „Das Problem der Exklusion“ richtet seinen Fokus auf die neue Spaltungslinie der Gesellschaft zwischen Drinnen und Draußen – wobei die Aufsätze mit der Schwierigkeit kämpfen, dass deren Verlauf sich nicht so ohne weiteres anhand klar definierter Strukturmerkmale oder Statuszuschreibungen konturieren lässt. Soziale Exklusion sei vielmehr

ein Sammelbegriff für verschiedene Formen gezielter Ausgrenzung, funktionaler Ausschließung und existenzieller Überflüssigkeit. Mithin ist Exklusion auch abhängig von der Weise, in der sie betrachtet wird. Das wird nach Lektüre der ersten beiden Aufsätze deutlich, die sich dem Problem mit der Brille der kritischen Gesellschaftsanalyse (Martin Kronauer) bzw. der Systemtheorie (Armin Nassehi) nähern. Auch wenn sie unterschiedliche Einblicke geben, und die Systemtheorie wegen ihrer normativen Kargheit nicht jedem passt, sollte man beide Sichtweisen bei der weiteren Lektüre doch immer zur Hand (resp. im Hinterkopf) haben.

*Heinz Bude, Andreas Willisch (Hg.), Das Problem der Exklusion; HIS Verlag Hamburger Edition 2006; 394 Seiten; 35 Euro*

So kann man leichter die scheinbarer paradoxe Fassung der Exklusion als einen Prozess sekundärer Integration verstehen, die Andreas Willisch und Rainer Land anhand der Erfahrung mit den diversen Eingliederungsmaßnahmen in Ostdeutschland beschreiben. Es ist eine Integration in eine simulierte Leistungsgesellschaft, welcher der Bezug zur realen verloren gegangen ist. Dass die soziale Ausgrenzung vor allem auf den unteren Schichten lastet ist das Ergebnis der Studie von Petra Böhnke. Doch Entwarnung für die Mittelschichten ist damit keinesfalls gegeben. Denn Michael Vester macht auch dort jede Menge Veränderungsverlierer aus, auch wenn deren Verlust vornehmlich einer an Status und Einfluss ist. Entsprechend geht der Kampf um soziale Gerechtigkeit einerseits um die Teilhabe der ausgeschlossenen Gruppen, zum anderen aber um die Chancengleichheit der großen Milieus der Mitte. Aus der Analyse der Milieus und ihrer politischen Präferenzen leitet Vester ein Scheitern der Politik der neuen Mitte und die verhalten optimistische Perspektive einer keynesianischen Wende in der Politik der Großen Koalition ab. Dieser Optimismus dürfte sich, seitdem es das vor einigen Monaten schrieb, wieder leicht eingetrübt haben.

Lange bevor die kritische Sozialtheorie begann, ihren Gegenstand in dem Spannungsverhältnis von Drinnen und Draußen zu vermessen, waren die Kategorien Inklusion und Exklusion bereits integraler Bestandteil der Luhmannschen Systemtheorie. Sie wurden in einer differenztheoretischen Betrachtungsweise als die zwei Seiten einer Form angesehen. Exklusion war weniger ein Problem, dessen Lösung in der Inklusion bestand, vielmehr bedingt die Inklusion in die Funktionssysteme Exklusion als Voraussetzung von Personalität. Erst spät verwandte die Systemtheorie dieses Begriffspaar zur Kennzeichnung einer gesellschaftlichen Grenzlage, deren Innenseite als Chance der sozialen Berücksichtigung von Personen bezeichnet ist und deren Außenseite unbezeichnet bleibt. Exklusion wurde als Gegenstruktur zur Begründung einer Form der sozialen Ordnung benutzt. Diese Mehrschichtigkeit des Begriffes macht seine Anwendung auf bestimmte Personengruppen schwierig. Exklusion / Inklusion wird zudem noch als eine gesellschaftsinterne Unterscheidung zur Ordnung von Kommunikation genommen, welche aus Sicht des jeweiligen Funktionssystems relevante von nichtrelevanten Personen scheidet. Die Problematik dieser Mehrdeutigkeit scheint durch bei Thomas Wagners Anwendung der systemtheoretischen Differenz auf illegale Migration.

*Thomas Wagner, Inklusion/Exklusion Darstellung einer systemtheoretischen Differenz und ihre Anwendung auf illegale Migration; IKO Verlag Frankfurt a. M. 2006; 171 Seiten; 15,90 Euro*

Er fasst damit, wenn man so will, den Prototyp des Exkludierten ins Auge. Es ist der, über den, aber nicht mit dem kommuniziert wird, der in keiner Organisation eingebunden und keines Systems teilhaftig wird. Weshalb man noch nicht einmal über seine Zahl eine annähernd präzise Aussage treffen kann. Doch schon seine Klassifizierung als Illegaler verweist darauf, dass er in das System des Rechts inkludiert ist. Seine Zurückweisung markiert die nationale Grenze als „institutionalisierten Ungleichheitsschwellen“ des modernen Wohlfahrtsstaates, dessen Leistungen in erster Linie auf die Loyalität des inkludierten Staatsbürgers zielen. Der illegale Migrant ist zum Überleben auf eine Schattenwirtschaft und einen Schattenwohnungsmarkt verwiesen, Exklusion erzeugt eine gesonderte Form der Inklusion in Funktionssysteme, die davon lebt, dass sie mit den vorherrschenden Inklusionsformen nicht in Einklang gebracht werden kann. Dieses Dilemma hat auch das Teilsystem soziale Arbeit zu gewärtigen, wenn es sich

der Illegalen annimmt. Wagner löst dieses Dilemma in der vermeintlichen Paradoxie auf, dass soziale Arbeit in Bezug auf das politische System einerseits „gerade dann hilfreich ist, wenn sie nicht hilft“, sprich, den Illegalen in der Illegalität belässt und ihn durch öffentliche Instanzen unbeobachtet lässt und andererseits „in sozialanwaltschaftlichem Engagement darauf hinwirkt, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass Illegalität insgesamt verringert“ wird. Womit sich natürlich die Frage stellt, inwieweit das „sekundäre“ Funktionssystem der Sozialen Hilfe dem primären des Rechts unterworfen ist.

Der Luhmann-Schüler Rudolf Stichweh wirft in seinem Buch „Inklusion und Exklusion“ ebenfalls einen Blick auf die Migration – allerdings aus weltgesellschaftlicher Perspektive. Das ermöglicht ihm, sie systemtheoretisch und historisch einzuordnen, als eine Exklusionsform, die ihre hohe Zeit zum Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhundert hatte. Demgegenüber zeichnet sich die aktuelle Weltgesellschaft dadurch aus, dass sie weniger migrations- als vielmehr kommunikationsbasiert ist. Die Gründe dafür sieht er unter anderem in einer Verschlechterung der strukturellen Bedingungen für Migration, vor allem in der wohlfahrtstaatlichen Schließung der Nationalstaaten. Zugleich öffnet sich mit dem Weltunternehmen der globale Raum, der die Wanderung von Arbeitskräften durch Kommunikation substituiert. Stichweh vereint in seinem Buch zehn Aufsätze, die er in den letzten Jahren publiziert hat, in denen er die Kategorien der Inklusion und Exklusion in verschiedenen Kontexten anwendet. Einleitend widmet er sich den veränderten Formen der Inklusion und Exklusion unter den Bedingungen der Weltgesellschaft, den Typen komplementärer Rollen, die sich in den Funktionssystemen etabliert haben und gleichermaßen einen selektiven und generalisierenden Einschluss des Einzelnen ermöglichen. Auch Stichweh kämpft dabei mit begrifflichen Ungenauigkeiten. So klassifiziert er zum einen die Exklusionsbereiche der globalisierten Funktionssysteme in Anlehnung an die Astrophysik als „schwarze Löcher“, ordnet sie jedoch andererseits als eine hierarchische Opposition zur Inklusion ein indem er konstatiert, dass alle Exklusion in die Form einer Inklusion gebracht werden müsse.

*Rudolf Stichweh, Inklusion und Exklusion Studien zur Gesellschaftstheorie: transcript Verlag Bielefeld 2005; 224 Seiten; 23,80 Euro*

Der Wert des Buches liegt zweifellos in den gedanklichen Impulsen, die Stichweh für eine Theorie der Exklusion als neue Form sozialer Ungleichheit liefert. Er setzt da an, wo ein an Schichten orientierter Ausgrenzungsbegriff stumpf wird und die Armutforschung in Empirie zu versinken droht. Exklusion resultiert für ihn aus einer Kumulation von Effekten, deren Ausgangspunkt für sich nicht unbedingt gravierende Nachteile bei der Produktion und Verarbeitung systemspezifischer Differenzen sind. Stichweh zählt zu den Formen dieser Effektverstärkung auch Prozesse, die mehrere Funktionssysteme betreffen, ohne allerdings schlüssig machen zu können, wieso die Konvertibilitätssperren so ohne Weiteres ausgehebelt werden können. Denn auch die korrupten strukturellen Koppelungen, die er als Grund benennt, setzen ein gewisses Maß an Kompatibilität voraus. Zugleich bringt seine Beschreibung der Exklusion als zunehmend impliziten Mechanismus der Funktionssysteme die Ohnmachtserfahrung der Betroffenen wie die Unzulänglichkeit einer vorschnellen gerechtigkeitstheoretischen Einordnung des Phänomens auf einen analytischen Punkt, der wesentlicher Bestandteil der weiteren Arbeit an einer Theorie der Exklusion sein sollte.

Dass die Kategorie der Elite seit einiger Zeit wieder ein unerwartetes Ansehen genießt gehört zu den Eigenheiten des gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandels. Genau genommen kann es als ein Symptom seiner Krisenhaftigkeit genommen werden, die ihren Ausgangspunkt im Ende des korporatistischen Systems hat. Zudem mag für die Neuentdeckung des Begriffs nicht unwesentlich gewesen sein, dass die Wissenschaft selbst unter seiner Überschrift Gegenstand eines umfassenden Wandels ist. Von beidem zeugt der Sammelband „Deutschlands Eliten im Wandel“, der das Arbeitsergebnis einer an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften konstituierten interdisziplinären Arbeitsgruppe ist.

*Herfried Münkler, Grit Straßenberger, Matthias Bohlender (Hg.), Deutschlands Eliten im Wandel; Campus*

Verlag Frankfurt am Main 2006; 537 Seiten; 39,90 Euro

Zwar hat der Begriff Elite mittlerweile seinen pejorativen Beiklang verloren, präziser ist er deshalb aber nicht geworden. So ist der Werdegang der Eliten in der Bundesrepublik, den Münkler einerseits und Straßenberger und Bohlender andererseits in ihren Aufsätzen nachzeichnen, vornehmlich einer, dessen Spuren sich am Diskurs über sie ablesen lässt- mit dem seltsamen Ergebnis, dass sie am wirkmächtigsten waren, als die wenigste Kenntnis von Ihnen genommen wurde. Birger P. Priddat hingegen definiert Eliten nicht als diejenigen, die Macht haben, sondern als ein Name für ein System zur Reproduktion von Machtpersonal. Um Elite zu sein, fehle dem aktuellen Personal allerdings, was es einmal ausgemacht hat: ein „shared mental model“, Regeln der Selbstidentifikation. Das ist einer der Gründe, weshalb Eliten im zunehmenden Maße Gegenstand von Institutionen der Zuschreibung sind, von Beratungs- und Ranking-Agenturen. Priddat spricht denn auch nur von Halbeliten. Entsprechend unterschiedlich fallen auch die Aussichten dieser Eliten in der zukünftigen Wissens- und Netzwerkgesellschaft aus. Während Stehr, Henning und Weiler davon ihren hierarchischen Status gefährdet und sie selbst entzaubert sehen, erwartet Nassehi eine neue Übersetzungs- und Differenzierungselite an den Schnittstellen der Kommunikation unterschiedlicher Systemlogiken. Wer die insgesamt 21 Aufsätze mit ihren verschiedenen wissenschaftlichen Ansätzen zur Geschichte, Theorie, Perspektive, Formierung und Rekrutierung von Elite gelesen hat, wird womöglich auch hernach keinen kohärenten Begriff des Gegenstandes haben, wohl aber einen sehr guten Eindruck davon, welche Vorstellungen, Zuschreibungen und Erwartungen sich mit ihm verbinden.

Theorien gesellschaftlicher Exklusion, zumal wenn sie in der nüchternen Sprache der Systemtheorie daherkommen, vermitteln nur bedingt einen Eindruck von dem menschlichen Elend, das sich hinter ihnen verbirgt. Wer sich einen umfassenden Begriff von der Sache machen will, dem sei zur gleichrangigen Ergänzung wissenschaftlicher Analyse die Lektüre der 15 Lebensgeschichten empfohlen, die Nadja Klinger und Jens König in ihrem Buch „Einfach abgehängt“ aufgezeichnet haben. Es ist eine Reise durch die neue Armut in Deutschland, die nicht nur und nicht immer eine materielle ist, aber der ohne materielle Unterstützung in den seltensten Fällen beizukommen ist. So verschieden die beschriebenen Lebenswege ins Souterrain der Gesellschaft sind – mancher verharrte bereits von Geburt an ganz unten, mancher stürzte aus den Höhen gehobener Beschäftigung ab, die meisten bewegten sich vorher in der prekären Region niedrig qualifizierter Beschäftigung – so wohnt ihnen häufig ein Moment inne, ab dem sich einzelne Rückschläge und Unglücke zu einem Schicksal verdichten, das unumkehrbar scheint. Nur eine Geschichte handelt von einer Frau, die wieder den Weg nach oben schaffte. Es ist eine kafkaeske Irrfahrt durch die deutsche Arbeitsförderung, die nur deshalb an ihr Ziel kommt, weil sich an einem Punkt der Arbeitsminister höchstpersönlich einschaltete.

*Nadja Klinger, Jens König, Einfach abgehängt Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland;* Rowohlt-Berlin Verlag 2006; 256 Seiten; 14,90 Euro

Klinger und König haben zu den fünfzehn Lebensgeschichten drei Aufsätze gestellt, in denen sie mit der Armutspolitik der rot-grünen wie der schwarz-roten Bundesregierung abrechnen und Vorschläge für Veränderungen unterbreiten. Sie klagen den Zynismus an, mit dem den Betroffenen mangelnde Änderungsbereitschaft und Abzockermentalität unterstellt wird, sie skandalisieren die ungerechte Verteilung von Reichtum, Einkommen und Chancen und kritisieren die Ausrichtung der Politik an den Interessen der gesellschaftlichen Mitte. Sie sind parteilich und ihre Ausführungen sind orientiert an einer Gesellschaft, für die Gerechtigkeit noch eine verbindliche Norm des Zusammenhalts ist. Doch was ist, wenn, wie Hamann und Nullmeier in diesem Heft schreiben, die sozialen Quellen, aus denen diese Norm ihre Kraft bezieht, erschöpft sind? Wie lässt sich unter den Bedingungen widerläufiger Partialinteressen und schwindender Machtressourcen eine Armutspolitik formulieren, die auch mehrheitsfähig ist, die nicht die gesellschaftliche Mitte verschreckt? Die Aussichten dürften für die Betroffenen trüber sein, als sich Klinger und König erhoffen.

---

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/176-vorgaenge/publikation/from-the-underworld/>

Abgerufen am: 16.09.2024